



IWILLNOTLOOKAWAY.ORG

SERIE

Europas Entscheidungen

Alle Beiträge der Serie in einem Dokument, in der Lesereihenfolge. Stand: 15. Oktober 2026.

Die Entscheidungen der europäischen Führung, an den Fakten gemessen: von wem die Energie abhängt, was vom Markt mit Russland bleibt, wie es zum Krieg in der Ukraine kam. In jedem Beitrag sind die Fakten von unserer Einschätzung getrennt.

INHALT

1. Europa ist nicht mehr von Moskau abhängig. Von wem hängt es jetzt ab?
 2. Der euro-russische Markt, der Washington beunruhigte: was die Zahlen sagen
 3. Von 1990 bis 2022: wie es zum Krieg in der Ukraine kam
-

Europa ist nicht mehr von Moskau abhängig. Von wem hängt es jetzt ab?

KURZ GEFASST

- 2021 lieferte Russland über 45 % des von der Europäischen Union importierten Gases; 2025 etwa 13 %.
- Heute ist Norwegen mit etwa 30 % der größte Lieferant. Die USA liefern 58 % **des Flüssiggases**, also etwa **ein Viertel** des gesamten in Europa verbrauchten Gases.
- Europäische Haushalte zahlen für Gas im Schnitt **fast doppelt so viel** wie Anfang 2021: von 6,4 auf 12,3 Cent pro kWh.
- 2025 war amerikanisches Flüssiggas im Durchschnitt das teuerste, das Europa gekauft hat.
- Am 9. Oktober hat Trump die Sanktionen gegen russischen Diesel bis April 2027 ausgesetzt.
- Der Prozess um die Sabotage von Nord Stream beginnt am **14. Oktober** in Hamburg.

Europa geht mit den niedrigsten Gasreserven seit fast zwanzig Jahren in den Winter: Ende August waren die Speicher zu etwa 63 % gefüllt ([Oilprice, 27.8.2026](#), nach Daten von Gas Infrastructure Europe). Das Gas aus Katar, das in Hormus blockiert ist, ist fast verschwunden (siehe [die Hormus-Krise](#)).

Diesen Teil der Krise hat Europa erlitten. Doch seine Verwundbarkeit gegenüber einem solchen Schock geht auf eine Entscheidung zurück, die vor vier Jahren getroffen wurde. Dies ist der erste Beitrag einer Serie über die großen Entscheidungen der europäischen Führung: Bei jeder fragen wir, was beschlossen wurde, welche Alternativen es gab, was es gekostet hat und was funktioniert hat.

DIE ENTSCHEIDUNG VON 2022

Nach dem Einmarsch in die Ukraine beschloss die Union den Ausstieg aus russischem Gas. Ganz frei war diese Entscheidung nicht. Im Sommer 2022 hatte Moskau selbst die Lieferungen durch Nord Stream auf ein Fünftel der Kapazität gedrosselt ([Bloomberg, 25.7.2022](#)), und im September wurde die Pipeline zerstört.

Der Ausstieg steht inzwischen in einer Verordnung, der 2026/261 ([EUR-Lex](#)). Kurzfristige Verträge sind bereits verboten: seit dem 25. April 2026 für Flüssiggas, seit dem 17. Juni für Pipelinegas. Langfristige Verträge enden am 1. Januar 2027 für Flüssiggas und am 30. September 2027 für Pipelinegas.

Die Frage ist, wie dieses Gas ersetzt wurde. 2021 entfielen über 45 % der europäischen Importe auf Russland, 2024 waren es 19 %, 2025 etwa 13 %, so Energiekommissar Dan Jørgensen ([ANSA über Il Nordest, 24.4.2025](#)). Heute ist Norwegen mit etwa 30 % der größte Lieferant ([Europäische Kommission, Quartalsbericht Gas, Q2 2025](#)). Der Rest kommt vor allem per Schiff, als Flüssiggas, und 58 % davon stammen aus den USA: etwa ein Viertel der gesamten europäischen Nachfrage ([ACER, 2026](#)).

Die Abhängigkeit von Moskau ist vorbei; die Abhängigkeit vom Meer, und von Washington, hat begonnen. Im Juli 2025 hat sich die Union im Handelsabkommen mit Trump außerdem verpflichtet, in drei Jahren amerikanische Energie für 750 Milliarden Dollar zu kaufen: eine politische, nicht bindende Zusage, die viele Analysten für unerreichbar halten ([Oil & Gas 360, 28.7.2025](#)).

WAS WIR ZAHLEN

Flüssiggas ist von Natur aus teurer: Es muss gekühlt, transportiert und wieder verdampft werden. Doch das ist nicht alles. Im zweiten Quartal 2025 kostete Gas in den USA 13,7 Euro pro Megawattstunde; in Europa angekommen, zahlte man 35,5 (Europäische Kommission, oben zitierter Bericht). In dieser Differenz stecken die Kosten – und die Margen der Verkäufer. Laut IEEFA war amerikanisches Flüssiggas 2025 im Schnitt das teuerste für europäische Käufer, vor dem aus Katar und dem aus Russland; von 2022 bis 2025 hat die Union davon für 131,5 Milliarden Euro gekauft ([IEEFA, European LNG Tracker](#)). Das IEEFA ist ein amerikanisches gemeinnütziges Institut, finanziert von philanthropischen Stiftungen, das nach eigenen Angaben den Übergang zu sauberer Energie unterstützt.

Auf der Rechnung sieht der europäische Durchschnitt für Haushalte, inklusive Steuern, so aus:

	1. Halbjahr 2021	2. Halbjahr 2025
Durchschnittlicher Gaspreis für Haushalte in der EU (Cent pro kWh)	6,4	12,28
Beispiel: eine Wohnung mit 10.000 kWh Verbrauch im Jahr	etwa 640 €	etwa 1.230 €

Quellen: [Eurostat, 5.5.2026](#) für 2025; Eurostat-Wert für 2021 nach [Euronews, 26.2.2026](#). Das Beispiel ist unsere eigene Rechnung mit einem Richtwert für den Verbrauch; die Unterschiede zwischen den Ländern sind sehr groß.

Der Preis hat sich fast verdoppelt, und die Daten von Ende 2025 enthalten den Golfkrieg noch nicht: Zwischen Februar und April 2026 stieg der Gaspreis in den europäischen Hauptstädten um weitere 6,8 % ([Euronews, 14.5.2026](#), HEPI-Index). Allerdings hatten die Großhandelspreise schon in der zweiten Jahreshälfte 2021, Monate vor dem Einmarsch, mit der Erholung nach der Pandemie zu explodieren begonnen ([Weltbank, Monatsreihe](#)): Die Krise geht nicht allein auf europäische Entscheidungen zurück.

WÄHREND WASHINGTON MIT MOSKAU VERHANDELT

Europa hat ein Datum für den Verzicht auf russisches Gas festgelegt und kauft es bis dahin weiter; sein wichtigster Verbündeter geht in die entgegengesetzte Richtung. Am 9. Oktober kündigte Trump eine Vereinbarung mit Putin über die Lieferung russischen Diesels an: über 300.000 Tonnen sofort, dann steigende Mengen bis zu einigen Millionen. Das US-Finanzministerium erteilte eine Lizenz, die die Sanktionen gegen bereits auf Schiffe verladene russischen Diesel bis April 2027 aussetzt ([OPB, 9.10.2026](#)). Selenskyj nannte sie „eine schwache Entscheidung“ starker Partner.

Am 8. Oktober berichtete Reuters, der Sondergesandte Jared Kushner und Putins Berater Kirill Dmitrijew hätten über den Einstieg eines amerikanischen Investors bei Nord Stream gesprochen ([Reuters über WHBL, 8.10.2026](#)). Das Weiße Haus sagt, darüber sei zuletzt nicht gesprochen worden; Berlin erklärt, eine Wiederinbetriebnahme sei „nicht erwünscht“. Die Pipelines unterliegen europäischen Sanktionen: Nach EU-Recht bliebe ein Neustart illegal, was auch immer Washington beschließt.

WER NORD STREAM ZERSTÖRT HAT

Am 14. Oktober beginnt in Hamburg der Prozess gegen Serhij Kusnezow, einen aus Italien ausgelieferten ukrainischen Staatsbürger. Ihm wird vorgeworfen, die siebenköpfige Gruppe angeführt zu haben, die die Sprengsätze anbrachte. Nach Ansicht der deutschen Ermittler kam der Auftrag von einer ukrainischen staatlichen Stelle, um Moskau die Gaseinnahmen zu entziehen. Kyjiw bestreitet das; Selenskyj sagte, er habe nichts davon gewusst ([JusticeInfo](#)). Ein zweiter Verdächtiger, Wolodymyr Schurawlchow, wurde im August in Kroatien festgenommen, nachdem ein polnisches Gericht seine Auslieferung abgelehnt hatte ([LIGA, 19.8.2026](#)). Die in den vergangenen Jahren verbreiteten Thesen, die die USA oder Russland selbst beschuldigten,

wurden von keiner gerichtlichen Ermittlung bestätigt. Die Vorwürfe müssen in jedem Fall erst vor Gericht bewiesen werden.

WAS FUNKTIONIERT HAT

2022 sagten viele Rationierungen und geschlossene Fabriken voraus. Es kam anders: Europa hat den Großteil des russischen Gases in drei Jahren ersetzt und ist nicht mehr erpressbar durch einen Lieferanten, der seine Lieferungen als Waffe einsetzte. Das ist ein echtes Ergebnis. Der Preis waren eine fast verdoppelte Rechnung und eine neue Abhängigkeit, teurer und anfälliger für ferne Krisen.

UNSERE EINSCHÄTZUNG

Der Ausstieg aus russischem Gas war eine vertretbare Entscheidung: Kein Land sollte die Heizung seiner Wohnungen einem Staat anvertrauen, der gerade einen Nachbarn überfallen hat. Der Fehler war, es zu tun, ohne echte Autonomie aufzubauen. Europa hat den Lieferanten gewechselt, nicht seine Lage. Es hat ein Viertel seines Gases an ein einziges Land gebunden, versprochen, noch mehr zu kaufen, und stellt nun fest, dass dieses Land auf eigene Faust mit Moskau verhandelt, über Diesel und vielleicht über Nord Stream, während die europäischen Haushalte die Rechnung zahlen. Eine Führung, die in einer Zeit des Übergangs zu entscheiden weiß, hätte sich nicht nur fragen müssen, bei wem sie nicht mehr kauft, sondern von wem sie nie wieder so stark abhängen will.

Aktualisierung, 11. Oktober 2026. Nach Angaben der deutschen Organisation [Urgewald](#), gestützt auf Daten des Analyseunternehmens Kpler, haben die Häfen der Union von Januar bis September 2026 12,18 Millionen Tonnen russisches Flüssiggas aus dem arktischen Projekt Jamal erhalten: 9,5 % mehr als im gleichen Zeitraum 2025, ein Rekord. 85 % der Jamal-Lieferungen gehen nach Europa; im September wurden fast drei Viertel der in der Union angekommenen Ladungen in Frankreich gelöscht, in Dünkirchen und Montoir ([Euronews](#)). Urgewald schätzt ihren Wert auf rund 7,9 Milliarden Euro, weist aber darauf hin, dass es sich um eine Berechnung auf Basis der Marktpreise handelt, nicht um die Summe der tatsächlichen Zahlungen oder der Einnahmen des russischen Staates. Im dritten Quartal gingen die Lieferungen gegenüber dem Vorjahr um 13,6 % zurück. Die Käufe sind legal: Kurzfristige Verträge sind seit April verboten, langfristige werden es ab dem 1. Januar 2027 sein. Deshalb haben wir den Satz korrigiert, mit dem der Abschnitt „Während Washington mit Moskau verhandelt“ begann und der besagte, Europa „verzichte“ auf russisches Gas: Es wird das tun, kauft es aber vorerst weiter.

Aktualisierung, 15. Oktober 2026. Der Prozess hat am 14. Oktober vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg begonnen und soll bis Anfang 2027 dauern. Laut Anklage handelten Kusnezow und andere ukrainische Soldaten im Auftrag ukrainischer staatlicher Stellen; der Angeklagte bestreitet das und hat sich vor Gericht nicht geäußert ([Courthouse News](#)). Die Verteidigung argumentiert, es gebe keine Beweise für seine Beteiligung, und zugleich, die Pipeline sei ein legitimes militärisches Ziel gewesen, „eine Waffe in der Hand der Russen“. Das Gericht muss daher entscheiden, ob es sich um einen nach Kriegsvölkerrecht verbotenen Angriff auf zivile Infrastruktur oder um eine militärische Aktion handelte. Laut BBC war Kusnezow im September 2022 im aktiven Dienst der ukrainischen Streitkräfte ([LIGA, nach BBC](#)). Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft erklärt, sie habe keine Beweise für eine Beteiligung des Staates gefunden ([Kyiv Independent](#)).

WAS ZU BEOBACHTEN IST

- Die Speicherstände am 1. November und der Hamburger Prozess ab dem 14. Oktober.
- Die Lieferungen russischen Diesels in die USA und die Gespräche über Nord Stream und Lukoil.
- Die Eurostat-Daten zu den Haushaltsrechnungen im ersten Halbjahr 2026, erwartet Ende Oktober.

Quellen: [Oilprice](#), 27.8.2026 · [Bloomberg](#), 25.7.2022 · [EUR-Lex](#) · [ANSA über Il Nordest](#), 24.4.2025 · [Europäische Kommission, Quartalsbericht Gas, Q2 2025](#) · [ACER](#), 2026 · [Oil & Gas 360](#), 28.7.2025 · [IEEFA, European LNG Tracker](#) · [Eurostat](#), 5.5.2026 · [Euronews](#), 26.2.2026 · [Euronews](#), 14.5.2026 · [Weltbank, Monatsreihe](#) · [OPB](#), 9.10.2026 · [Reuters über WHBL](#), 8.10.2026 · [JusticeInfo](#) · [LIGA](#), 19.8.2026 · [Urgewald](#), 9/10/2026 · [Euronews](#), 9/10/2026 · [Courthouse News](#), 14.10.2026 · [LIGA, nach BBC](#), 10.10.2026 · [Kyiv Independent](#), 9.7.2026

Der euro-russische Markt, der Washington beunruhigte: was die Zahlen sagen

KURZ GEFASST

- Der Handel zwischen der Europäischen Union und Russland erreichte **2012 seinen Höhepunkt** und sank danach: 2021, vor der Invasion, lag er bereits fast ein Viertel niedriger.
- 2021 war Russland der fünftgrößte Markt für europäische Waren; **62 %** dessen, was Europa aus Moskau kaufte, war Energie.
- Die USA stellten sich offen gegen Nord Stream 2, mit Sanktionen **2019** und mit Bidens Zusage vom **7. Februar 2022**.
- Heute nimmt die Union mehr als die Hälfte des amerikanischen Flüssiggases ab, und **58 %** der Waffen, die die europäischen NATO-Staaten importieren, kommen aus den USA.
- Im selben Zeitraum hat Europa wieder Waffen an Saudi-Arabien verkauft und das Gas Aserbaidschans „zuverlässig“ genannt.

EINE THESE, DIE WIEDERKEHRT

In der öffentlichen Debatte, in Italien und anderswo, taucht immer wieder eine Idee auf: Vor dem Krieg sei ein großer Markt zwischen Europa und Russland entstanden, europäische Industrie verbunden mit russischen Rohstoffen. Eine Aussicht, die die USA geschwächt hätte und die Washington ein Interesse gehabt hätte zu stoppen.

Die Idee hat einen wahren Teil und einen Teil, den die Zahlen nicht bestätigen. Hier trennen wir beide. Es ist der dritte Beitrag der Serie über die Entscheidungen der europäischen Führung, nach dem über die Energie.

DER TRAUM „VON LISSABON BIS WLADIWOSTOK“

Das Projekt hat ein Datum. Am 25. November 2010 schlug Wladimir Putin, damals Ministerpräsident, in einer deutschen Zeitung einen großen Wirtschaftsraum „von Lissabon bis Wladiwostok“ vor, mit einer Freihandelszone ([Moscow Times, 25.11.2010](#)).

Berlin antwortete vorsichtig: Angela Merkel sagte, sie teile die Idee, aber Russland bewege sich nicht in diese Richtung ([AFP via bilaterals.org](#)). Über Erklärungen kam das Projekt nie hinaus.

Und der Dollar? 2019 stellte Rosneft, Russlands größter Ölkonzern, alle Exportverträge vom Dollar auf den Euro um, um sich vor amerikanischen Sanktionen zu schützen ([High North News](#), [nach Reuters](#)).

WAS DIE ZAHLEN SAGEN

Warenhandel EU–Russland (Mrd. €)	2002	2012	2021	2025
Einfuhren aus Russland	61	204	158	27
Ausfuhren nach Russland	33	118	89	30

Quellen: [Eurostat](#), [7.3.2022](#) für 2012 und 2021; für 2002 Eurostat-Daten nach [Chronicle.lu](#); für 2025 Eurostat-Comext-Daten nach [The Trade Hub](#), im Einklang mit den Quartalsdaten von [Eurostat](#).

Der Handel wuchs bis 2012 und sank dann mit der Krim-Krise, den ersten Sanktionen und dem Ölpreisverfall. 2021 entfielen auf Russland 4,1 % der europäischen Ausfuhren und 7,5 % der Einfuhren, und 62 % dessen, was Europa aus Moskau kaufte, war Energie (Eurostat, siehe oben).

Es war eine wichtige, aber einfache Beziehung: russische Rohstoffe gegen europäische Maschinen. Und vor dem Krieg schrumpfte sie bereits. Russlands BIP, 1.830 Milliarden Dollar, betrug etwa ein Zehntel dessen der Union, 17.300 Milliarden ([Weltbank via FRED](#)). Für ein entstehendes wirtschaftliches „Imperium“ geben die Daten nichts her.

WER GEGENLÄUFIGE INTERESSEN HATTE

Die amerikanischen Interessen sind dagegen belegt.

Am 20. Dezember 2019 unterzeichnete Trump ein Gesetz mit Sanktionen gegen die Firmen, die Nord Stream 2 verlegten. Wenige Stunden später stellte die schweizerisch-niederländische Firma Allseas die Arbeiten ein ([Reuters via PGJ](#)). Die Bundesregierung erklärte, sie lehne „extraterritoriale“ Sanktionen ab ([EUobserver](#)).

Am 7. Februar 2022 sagte Biden an der Seite von Bundeskanzler Scholz, im Fall einer Invasion sei Nord Stream 2 am Ende. Scholz vermied es, die Pipeline beim Namen zu nennen ([CNBC](#), [7.2.2022](#)).

Wer nach 2022 gewonnen hat, lässt sich messen:

- **Gas.** 2025 gingen 54 % des von den USA exportierten Flüssiggases in die Union, 63 % mehr als im Vorjahr ([Banchero Costa via Hellenic Shipping News](#)). Der Energiebeitrag dieser Serie hat gezeigt, zu welchem Preis.
- **Waffen.** Von 2021 bis 2025 lieferten die USA 58 % der Waffen, die die europäischen NATO-Staaten importierten ([SIPRI via Defense News, 9.3.2026](#)).

Beim Dollar hat der Krieg den Trend dagegen nicht verändert. 1999 machte er 71 % der Reserven der Zentralbanken aus; heute sind es 56,7 %, während der Euro auf 20,6 % gestiegen ist ([IWF, 30.9.2026](#)).

EIN INTERESSE IST KEINE URSACHE

Ein Interesse zu haben heißt nicht, ein Ereignis verursacht zu haben. Der großangelegte Krieg begann am 24. Februar 2022, als russische Truppen in die Ukraine einmarschierten. Am 2. März forderte die UN-Generalversammlung mit 141 Stimmen ihren Rückzug ([UNO, Resolution ES-11/1](#)). Am 16. März ordnete der Internationale Gerichtshof an, dass Russland seine Militäroperationen aussetzt ([IGH, Anordnung](#)). Wie es zu diesem Tag kam, mit der Verantwortung aller, ist Thema des [nächsten Beitrags](#).

DIE MORALISCHE RECHNUNG

An einem Punkt hält die Kritik an Europa voll und ganz. Während die Union im Namen der Prinzipien auf Russland verzichtete, knüpfte sie andere Beziehungen mit weniger Skrupeln:

- Am 18. Juli 2022 unterzeichnete Kommissionspräsidentin von der Leyen in Baku ein Abkommen, um das Gas aus Aserbaidshan bis 2027 zu verdoppeln, und nannte das Land einen zuverlässigen Partner ([Europäische Kommission, IP/22/4550](#)). Ein Jahr später nahm Aserbaidshan Bergkarabach mit einer Militäroffensive ein, und mehr als hunderttausend Armenier flohen nach Armenien ([UNHCR, via Reuters](#)).
- Am 31. Mai 2023 hob Italien das wegen des Jemen-Kriegs verhängte Verbot auf, Bomben und Raketen an Saudi-Arabien zu verkaufen ([Reuters via The New Arab](#)).
- Im Januar 2024 gab Deutschland sein Veto gegen Eurofighter für Riad auf und begründete dies mit der saudischen Haltung gegenüber Israel nach dem 7. Oktober ([AP via PBS](#)).

WAS FUNKTIONIERT HAT

Der Rückgang des Handels hat Moskau den Hebel genommen, mit dem es jahrelang europäische Regierungen beeinflusst hatte. Seit dem zweiten Quartal 2025 hat die Union einen Handelsüberschuss mit Russland, zum ersten Mal seit mehr als zwanzig Jahren ([Euronews](#),

[30.8.2025; Eurostat via Sofia Globe, 24.2.2026](#)). Ein Europa, das 2021 45 % seines importierten Gases aus einem einzigen Land bezog, war erpressbar; heute ist es das viel weniger.

UNSERE EINSCHÄTZUNG

Dieser Abschnitt gibt die Position der Website wieder. Er ist von den oben dargestellten Fakten getrennt.

Wer sagt, die USA hätten ein Interesse daran gehabt, Europa von Russland zu trennen, hat recht: Washington hat es gesagt und getan, mit den Sanktionen gegen Nord Stream und mit Bidens Zusage. Wer sagt, Amerika habe deshalb „den Krieg ausbrechen lassen“, verwechselt ein Interesse mit einer Ursache und löscht die Entscheidung dessen aus, der die Panzer schickte. Der euro-russische Markt wurde nicht 2022 getötet: Er war zehn Jahre zuvor ins Stocken geraten, als Moskau die Krim dem Freihandel vorzog.

Bleibt eine Tatsache, die mehr wiegt als Absichten. Was auch immer die Ursache des Krieges war, sein Ergebnis hat Europa jede Alternative genommen und es abhängiger von Washington gemacht, das der Hauptnutznießer ist. Doch die russische Alternative war selbst eine Abhängigkeit. Ein souveränes Europa hätte sich eine eigene Autonomie aufbauen müssen, statt zwischen zwei Herren zu wählen.

Und es gibt die Doppelmoral. Die Union hat im Namen der Prinzipien mit Moskau gebrochen, aber zugleich wieder Waffen an jene verkauft, die den Jemen bombardiert hatten, und eine Regierung zuverlässig genannt, die ein Jahr später einen Konflikt mit Waffengewalt lösen sollte. Prinzipien, die nur auf den Feind des Augenblicks angewandt werden, sind keine Prinzipien, sondern Bequemlichkeit.

WAS ZU BEOBACHTEN IST

- Die Eurostat-Daten zum Handel mit Russland 2026 und das 23. Sanktionspaket.
- Die Zusage über 750 Milliarden für amerikanische Energie: wie viel davon tatsächlich gekauft wurde.
- Die Überprüfung des Gemeinsamen Standpunkts der EU zu Waffenexporten.

Quellen: [Moscow Times, 25.11.2010](#) · [AFP via bilaterals.org](#) · [High North News, nach Reuters](#) · [Eurostat, 7.3.2022](#) · [Chronicle.lu](#) · [The Trade Hub](#) · [Eurostat](#) · [Weltbank via FRED](#) · [Reuters via PGJ](#) · [EUobserver](#) · [CNBC, 7.2.2022](#) · [Banchero Costa via Hellenic Shipping News](#) · [SIPRI via Defense News, 9.3.2026](#) · [IWF, 30.9.2026](#) · [UNO, Resolution ES-11/1](#) · [IGH, Anordnung](#) · [Europäische Kommission,](#)

IP/22/4550 · UNHCR, via Reuters · Reuters via The New Arab · AP via PBS · Euronews, 30.8.2025 ·
Eurostat via Sofia Globe, 24.2.2026

Von 1990 bis 2022: wie es zum Krieg in der Ukraine kam

KURZ GEFASST

- 1990 versicherten westliche Politiker Gorbatschow mündlich, die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen. **Schriftlich festgehalten wurde das nie.**
- Russland hat mehrfach das **Recht jedes Staates, seine Bündnisse selbst zu wählen**, unterzeichnet und 1994 die Grenzen der Ukraine garantiert.
- Der politische Konflikt beginnt um 2007/2008. Der Bruch kommt 2013/2014, als Europa und Russland um die ukrainische Wirtschaft konkurrieren.
- Die ukrainische extreme Rechte existierte und war bewaffnet, kam bei Wahlen aber nie über 5 %.
- Der Krieg im Donbass forderte in acht Jahren rund **14.300 Tote**. Laut dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kontrollierte Russland die Separatistengebiete **ab Mai 2014**.

WARUM DIESER BEITRAG

Der großangelegte Krieg beginnt am 24. Februar 2022, doch der Bruch zwischen Europa und Russland hat eine lange Vorgeschichte. Der [vorige Beitrag](#) hat unterschieden zwischen denen, die ein Interesse an diesem Bruch hatten, und denen, die ihn verursacht haben. Hier ordnen wir dreißig Jahre, mit einer Regel: Für jede Tatsache, die einer Seite unbequem ist, suchen wir auch die, die der anderen unbequem sind, und wir lassen zuerst Gerichte und internationale Beobachter zu Wort kommen, dann die Regierungen.

1990: DAS MÜNDLICHE VERSPRECHEN

Am 9. Februar 1990 sagte US-Außenminister James Baker Gorbatschow dreimal, die NATO werde sich „keinen Zentimeter“ nach Osten bewegen. Ähnliches sagten Bush, Kohl, Mitterrand und Thatcher. Das belegen die 2017 vom [National Security Archive](#) veröffentlichten Dokumente.

Doch keiner dieser Sätze landete in einem Vertrag. Der Vertrag über die deutsche Einheit verbietet nur ausländische NATO-Truppen und Atomwaffen auf dem Gebiet der früheren DDR. 2014 sagte Gorbatschow selbst, die Osterweiterung sei damals nicht besprochen worden; er fügte aber hinzu, der Westen habe den Geist jener Vereinbarungen verraten ([Bundesakademie für Sicherheitspolitik](#)).

WAS MOSKAU UNTERSCHRIEBEN HAT

- **Helsinki 1975 und Istanbul 1999:** Jeder Staat wählt seine Bündnisse frei. Die [Charta von Istanbul](#) fügt hinzu, dass niemand seine Sicherheit auf Kosten anderer erhöhen darf, das Argument, das Moskau immer benutzt hat, und dass niemand einen Teil Europas als eigene „Einflusssphäre“ betrachten darf. Beides steht im selben Absatz.
- **Budapest 1994:** Die Ukraine verzichtet auf die ehemals sowjetischen Atomwaffen; Russland, die USA und Großbritannien verpflichten sich, ihre Grenzen zu achten.
- **NATO-Russland-Grundakte, 1997:** Keine Seite hat ein Veto über die Entscheidungen der anderen.

Und es waren die Länder des Ostens, die in die NATO wollten: Polen, Ungarn, Tschechien und die baltischen Staaten erinnerten sich an sowjetische Invasionen und Besetzungen.

VON DER ZUSAMMENARBEIT ZUR KONFRONTATION

1999. Polen, Ungarn und Tschechien treten der NATO bei. Im selben Jahr bombardiert die NATO Serbien wegen des Kosovo ohne Zustimmung der UNO. Moskau wird das nicht vergessen.

2002. Noch ist Zeit der Zusammenarbeit: Der NATO-Russland-Rat entsteht. In jenen Monaten sagt Putin an der Seite des ukrainischen Präsidenten Kutschma, die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO seien „eine Angelegenheit dieser beiden Partner“ ([Kreml](#)).

2007/2008. In München greift Putin die von den USA geführte Ordnung offen an. Warnungen kommen auch aus dem Westen: Schon 1997 hatte der US-Diplomat George Kennan die Erweiterung als schwersten Fehler der amerikanischen Politik seit dem Kalten Krieg bezeichnet ([New York Times, 5.2.1997](#)). Im Februar 2008 schreibt der US-Botschafter in Moskau, William Burns, nach Washington, die Ukraine in der NATO sei für die gesamte russische Führungsschicht die deutlichste rote Linie (von WikiLeaks veröffentlichtes Telegramm, [Fair Observer](#)).

Im April kündigt die NATO auf dem Gipfel von Bukarest an, die Ukraine und Georgien „werden Mitglieder“ ([NATO, 3.4.2008](#)), doch Deutschland und Frankreich blockieren den konkreten Weg zum Beitritt. Ergebnis: Moskau fühlt sich bedroht, Kyjiw bleibt ohne Schutz. Im August bricht der Krieg in Georgien aus; eine von der Europäischen Union veranlasste Untersuchung wird feststellen, dass Tiflis zuerst schoss, die russische Antwort aber über die Grenzen der Selbstverteidigung hinausging ([RTÉ, zum Tagliavini-Bericht](#)).

Selbst dann war der Weg nicht vorgezeichnet: 2010 unterzeichnen die USA und Russland einen neuen Vertrag über Atomwaffen, und 2012 tritt Russland der Welthandelsorganisation bei, von

Europa begrüßt ([EUI](#)).

2013: ZWEI MÄRKTE FÜR EIN LAND

Der eigentliche Bruch entsteht aus einem Wirtschaftsstreit. Moskau will die Ukraine in seiner Zollunion; Brüssel bietet ihr ein Freihandelsabkommen an. Beides geht nicht.

Im August 2013 blockiert Russland eine Woche lang ukrainische Waren an der Grenze ([OSW](#)). Ein Berater Putins nennt die Unterzeichnung mit Europa „selbstmörderisch“ ([Reuters via Moscow Times](#)). Im November verzichtet Präsident Janukowytsch auf die Unterschrift; am 17. Dezember gewährt Moskau ihm 15 Milliarden Dollar und einen Gasrabatt von einem Drittel ([Moscow Times](#)). Daraus entstehen die Proteste auf dem Maidan.

2014: MAIDAN, KRIM, DONBASS

Maidan. Nach drei Monaten Protest flieht Janukowytsch im Februar. Allein vom 18. bis 20. Februar werden im Zentrum von Kyjiw 73 Zivilisten und 11 Polizisten getötet ([Hromadske](#)). Schon Anfang Februar war ein abgehörtes Telefonat veröffentlicht worden, in dem die US-Diplomatin Victoria Nuland mit dem Botschafter besprach, wer in die Regierung kommen sollte, und die Europäische Union beschimpfte ([MPR, nach AP](#)): Washington wollte mitreden und war mit Brüssel nicht einig.

Die extreme Rechte. Sie existierte und war bewaffnet. Das Bataillon Asow entsteht 2014, sein erster Kommandeur kam aus einer neonazistischen Gruppe; 2018 verbietet der US-Kongress, es zu finanzieren ([The Hill, übernommen vom Abgeordneten Ro Khanna](#)). Bei Wahlen hat sie aber wenig Gewicht: 2019 erhält die gesamte vereinte extreme Rechte 2,15 % und bleibt außerhalb des Parlaments ([Swedish Institute of International Affairs](#)). Im selben Jahr gewinnt Selenskyj, aus einer jüdischen Familie, mit 73 %.

Krim und Donbass. Im März annektiert Russland die Krim; die UN-Generalversammlung erklärt das Referendum für ungültig, mit 100 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 58 Enthaltungen ([Library of Congress](#)). Im April nimmt eine bewaffnete Gruppe unter Igor Girkin, einem früheren Offizier der russischen Geheimdienste, Slowjansk ein. Girkin wird sagen, er habe „den Abzug des Krieges gedrückt“, räumt aber ein, dass im Sommer die meisten Kämpfer Einheimische waren ([Moscow Times](#)). 2025 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fest, dass Russland die Separatistengebiete ab dem 11. Mai 2014 kontrollierte und für den Abschuss von Flug MH17 verantwortlich ist ([EGMR, 9.7.2025](#)).

Odessa. Am 2. Mai fordern Zusammenstöße zwischen proukrainischen und prorussischen Gruppen 48 Tote; 42 sterben beim Brand im Gewerkschaftshaus, in dem sich die Prorussischen

verbarrikadiert hatten ([Kyiv Post](#)). 2025 verurteilte der Europäische Gerichtshof die Ukraine, weil sie die Gewalt nicht verhindert, die Opfer nicht gerettet und nicht ordentlich ermittelt hatte ([EGMR, 13.3.2025](#)).

Die Toten. Von 2014 bis 2021 zählt die UNO rund 14.300 Tote, darunter mindestens 3.404 Zivilisten, die meisten in den ersten beiden Jahren ([OHCHR](#)).

MINSK: EIN ABKOMMEN, AN DAS SICH NIEMAND HIELT

Die Minsker Abkommen (2014/2015) sahen eine Waffenruhe, den Abzug von Waffen und ausländischen Kräften sowie Autonomie für den Donbass vor. Sie wurden nie umgesetzt. 2022 sagte Merkel, Minsk habe auch dazu gedient, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um stärker zu werden ([TASS, nach der Zeit](#)): Für Moskau ist das der Beweis westlicher Unaufrichtigkeit. Doch Russland hat seine Kräfte nie abgezogen, wie es das Abkommen verlangte.

DIE LETZTEN WOCHEN

In den Tagen vor der Invasion registrieren die Beobachter der OSZE einen sprunghaften Anstieg des Beschusses an der Front: im Gebiet Donezk vom 18. bis 20. Februar 2022 mehr als 2.100 Verstöße gegen die Waffenruhe ([OSZE](#)). Jede Seite beschuldigt die andere.

Moskau rechtfertigt die Invasion mit einem angeblichen „Völkermord“ an Russischsprachigen im Donbass. Im März 2022 erklärt der Internationale Gerichtshof, er habe keine Beweise für diesen Völkermord ([IGH](#)).

UNSERE EINSCHÄTZUNG

Dieser Abschnitt gibt die Position der Website wieder. Er ist von den oben dargestellten Fakten getrennt.

Erklären heißt nicht rechtfertigen. Der Westen hat mündliche Zusicherungen gegeben und sie dann missachtet, seine eigenen Diplomaten überhört und in Bukarest den schlechtesten Weg gewählt: den Beitritt anzukündigen, ohne ihn zu gewähren. Washington hat versucht, die aus dem Maidan hervorgegangene Regierung zu beeinflussen. In der Ukraine wurde die bewaffnete extreme Rechte zu lange geduldet, und in Odessa hat der Staat versagt. Das sind Fakten, und eine ehrliche Darstellung muss sie enthalten.

Doch Russland hatte das Recht jedes Staates, seine Bündnisse zu wählen, unterzeichnet und die ukrainischen Grenzen garantiert. Es hat eine Handelsblockade eingesetzt, um Kyjiw eine wirtschaftliche Entscheidung zu verwehren, und dann die Krim und den Donbass genommen. Kein Fehler des Westens macht eine Invasion rechtmäßig: Die UN-Charta verbietet allen die

Anwendung von Gewalt, auch denen, die sich bedroht fühlen. Es ist derselbe Maßstab, den wir an Washington anlegen, und er muss auch für Moskau gelten.

WAS ZU BEOBACHTEN IST

- Der nächste Beitrag der Serie: Europas Entscheidungen nach 2022 und was sie gekostet haben.
- Die Einzelbeschwerden gegen Russland beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die das Urteil vom Juli 2025 ermöglicht.

Quellen: [National Security Archive](#) · [Bundesakademie für Sicherheitspolitik](#) · [Charta von Istanbul](#) · [Kreml](#) · [New York Times](#), 5.2.1997 · [Fair Observer](#) · [NATO](#), 3.4.2008 · [RTÉ](#), zum Tagliavini-Bericht · [EUI](#) · [OSW](#) · [Reuters via Moscow Times](#) · [Moscow Times](#) · [Hromadske](#) · [MPR](#), nach AP · [The Hill](#), übernommen vom Abgeordneten Ro Khanna · [Swedish Institute of International Affairs](#) · [Library of Congress](#) · [Moscow Times](#) · [EGMR](#), 9.7.2025 · [Kyiv Post](#) · [EGMR](#), 13.3.2025 · [OHCHR](#) · [TASS](#), nach der Zeit · [OSZE](#) · [IGH](#)

N3R1-70 — I Will Not Look Away — Online-Version: <https://iwillnotlookaway.org/s/de/serie-europas-entscheidungen-volltext.html>